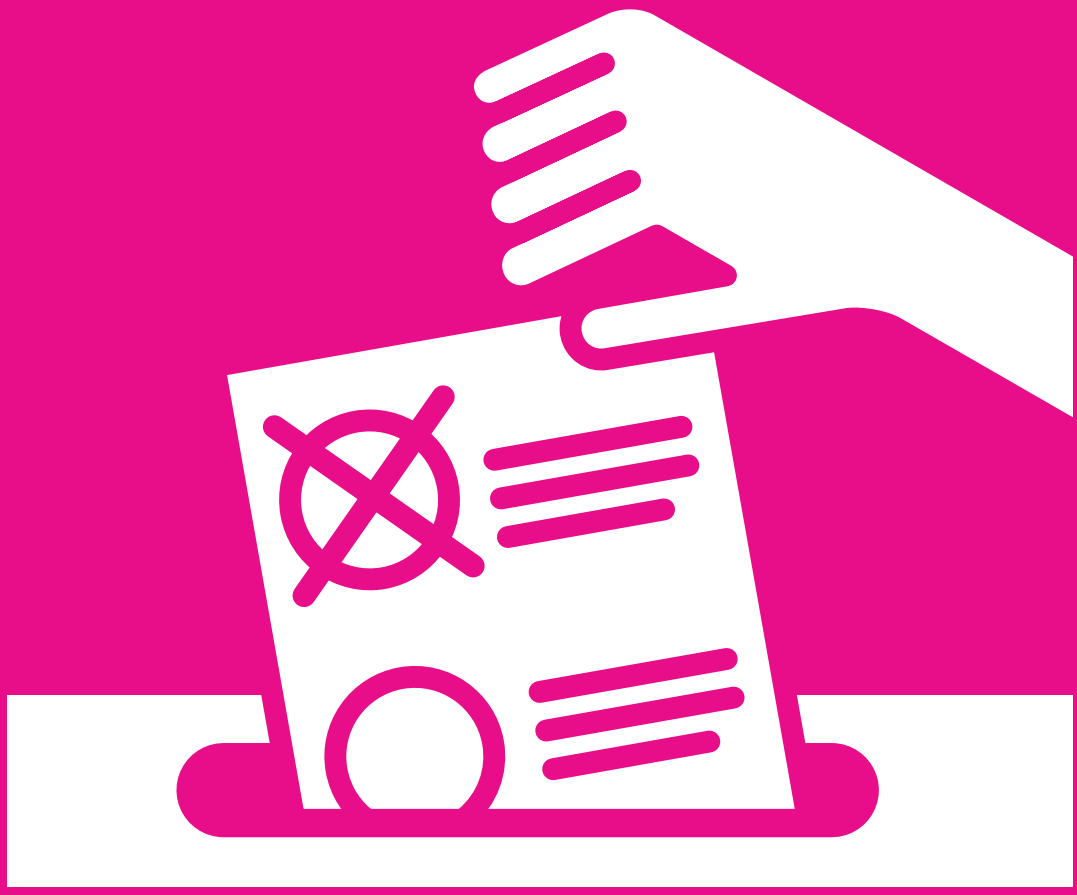
alsterdorf



SIE HABEN DIE WAHL!

Das ist eine Zusammenfassung
von der Veranstaltung am 26. August 2021
mit Politikerinnen und Politikern

Fragen und Antworten
vor der Bundestagswahl 2021

Das steht in diesem Heft

06 Frage 1: Thema Diskriminierung

12 Frage 2: Thema Wohnen

18 Frage 3: Thema Gesundheit

24 Frage 4: Thema Barrierefreiheit

30 Team Politik AG

Titel: ©METACOM/Kitzinger

Hanne Stiefvater, Vorständin der Ev. Stiftung Alsterdorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor der Bundestagswahl haben Politikerinnen und Politiker Fragen von Menschen mit Behinderung beantwortet.

Menschen mit und ohne Behinderung haben die Veranstaltung vorbereitet. Sie wurde auf dem YouTube-Kanal der Evangelischen Stiftung Alsterdorf übertragen. Das Gespräch wurde in einfacher Sprache geführt und in Gebärden und Schrift übersetzt. Das ist eine gute Tradition bei der Evangelischen Stiftung Alsterdorf.
Sie können die Fragen und Antworten in diesem Heft nachlesen.

Um sich eine Meinung zu bilden für die Bundestagswahl am 26. September 2021.

Denn Ihre Stimme zählt!

Ihre Hanne Stiefvater
(Vorständin der Evangelischen Stiftung Alsterdorf)

Das Podium
Live aus der Kulturküche am Alsterdorfer Markt

V. l. n. r.: Kerstin Hopf (Politik AG), Marion Förster (Moderation), Żaklin Nastić (DIE LINKE), Dr. Matthias Bartke (SPD), Katharina Beck (Die Grünen), Andreas Grutzeck (CDU)

Andreas Moring von der FDP hatte aus persönlichen Gründen kurzfristig abgesagt.
Die AfD hatte sich nicht auf unsere Einladung zurückgemeldet.

Thema Diskriminierung

Frage 1:

Beim ersten Corona-Lockdown durften viele Menschen mit Behinderungen das Haus nicht verlassen und von außen durfte niemand rein. Was tut Ihre Partei, damit so was nicht mehr passiert?

DIE LINKE.

DIE LINKE – Żaklin Nastić:

Das war ein großes Problem im ersten Lockdown.
Ein Riesenfehler, der sich nicht wiederholen darf.
Es dürfen nicht mehr so viele Menschen vergessen werden.
Wir fordern, dass die Corona-Prämien, die ausgezahlt wurden, auf alle Pflegebereiche – auch die Behinderten- und Pflegeeinrichtungen – ausgeweitet werden.
Auf keinen Fall dürfen die Menschen ihrer Freiheit beraubt werden.
Das entspricht nicht der UN-Behindertenrechtskonvention.

SPD – Dr. Matthias Bartke:

Gesundheitsschutz ist wichtig. Menschen mit Down-Syndrom zum Beispiel sind extrem gefährdet durch Corona.
Es ist aber auch eine massive Beeinträchtigung von Grundrechten.
Der Staat hat aber kein Ausgeh-Verbot für Menschen mit Behinderungen beschlossen, das waren die Einrichtungen.
Wir haben jetzt einen Impfstoff und kämpfen darum, dass die Menschen sich impfen lassen. Dann sind sie immun und kriegen die Krankheit nicht.
Bei der Abwägung von Gesundheit, dem Recht auf Leben und den Freiheitsrechten hat das Leben immer Vorrang.
Deswegen würde ich keinen Blankoscheck ausstellen.

Die Grünen – Katharina Beck:

Es ist total dramatisch, was passiert ist.
Für Menschen mit Behinderung und für viele andere,
die im Sterben lagen und nicht mehr besucht werden durften.
Wir wissen jetzt: Man kann sich vor Corona schützen.
Mit Masken, mit Tests und alle sollten geimpft sein.
Bei einer erneuten Pandemie wissen wir jetzt besser,
wie wir damit umgehen können.
Ich habe als Schwangere erlebt, dass ich zu allen Arzt-
besuchen allein hingehen musste – ohne meinen Mann.
Ich wünsche mir für Menschen mit Behinderung,
dass das Ausgeh- und Besuchs-Verbot überdacht wird.
Weil soziale Nähe wichtig ist.

CDU – Andreas Grutzeck:

Als im Februar letzten Jahres die Pandemie anfing,
haben wir alle bei null angefangen.
Ich glaube, da sind auch Fehler gemacht worden.
Die Einrichtungen für behinderte Menschen und
für ältere Menschen hätten besonders unter
unserem Schutz stehen müssen, weil dort am Anfang
viele Leute gestorben sind.
Deswegen haben wir für das nächste Mal sehr viel gelernt.
Wir würden viele Sachen heute besser machen.
Dazu gehört auch die Frage, wie wir Kontakte von
Menschen mit Behinderungen regeln, egal,
ob sie allein wohnen oder in Einrichtungen.

Thema Wohnen

Frage 2:

Was will Ihre Partei machen für mehr bezahlbaren Wohnraum? Wichtig sind gute Wohnangebote für Menschen mit Behinderungen.

DIE LINKE.

DIE LINKE – Żaklin Nastić:

Es geht um unser Zuhause. Ich bin Mutter eines schwerbehinderten Kindes und ich musste lange eine Wohnung suchen.
Da habe ich festgestellt: Es geht nicht nur ums Bauen. Die Menschen müssen sich die Mieten leisten können.
Wir als Linke setzen uns dafür ein, dass mindestens 250.000 neue, bezahlbare Wohnungen entstehen.
Und in Hamburg habe ich mich seit vielen Jahren dafür eingesetzt, dass jede neue Wohnung im Erdgeschoss ebenerdig wird. Man baut nämlich manchmal Stufen ein, die nicht sein müssen.
Barrierefreiheit ist aber wichtig für Menschen, auch später im Alter.

SPD – Dr. Matthias Bartke:

Wir müssen bauen, bauen, bauen.
Die SPD will in jedem Jahr in der nächsten Wahl-Periode deutschlandweit 400.000 Wohnungen bauen und 100.000 davon als Sozial-Wohnungen.
Unser Kandidat, Olaf Scholz, war mal Hamburger Bürgermeister.
Er hat angefangen, das größte Wohnungsbau-Programm in Deutschland anzupacken. Zurzeit wollen wir in Hamburg jährlich 10.000 Wohnungen bauen.
Wir wollen ein Förder-Programm auflegen, mit dem mehr Barrierefreiheit gefördert wird – wie in der Neuen Mitte Altona.

Die Grünen – Katharina Beck:

Das Programm der Grünen beinhaltet auch soziale und wirtschaftliche Themen.
Und das Wohnen ist so wichtig, dass wir das Recht auf Wohnen im Grundgesetz verankern möchten.
Das gilt für alle Menschen.
Wir Grünen setzen das als Grundforderung.
Auch die öffentlichen Bauten sind nicht alle barrierefrei.
Wir möchten, dass die bestehenden Gebäude schneller barrierefrei werden.
Für junge Menschen möchten wir uns für gemeinnützige Projekte einsetzen. Insbesondere für das Wohnen mit mehreren Generationen.
Ich kandidiere für Hamburg-Nord und Alstertal.
Da haben wir – gemeinsam mit der SPD – Quoten festgelegt.
Wir bauen dort sehr viele Sozial-Wohnungen.
Und treiben die inklusive Quartiersentwicklung voran.

CDU – Andreas Grutzeck:

Die Initiative Q8 von der Stiftung Alsterdorf hat sich
als Erste dafür eingesetzt, dass die Neue Mitte Altona
behindertenfreundlich wird.
Ich glaube, was da entstanden ist, wäre ohne Q8
nicht entstanden.
Das Problem ist: Einzelne Häuser werden von
einzelnen Gesellschaften oder Privatleuten gebaut.
Deswegen ist es wichtig, dass man auf die zugeht
und behindertengerechte Ausstattungen fordert,
zum Beispiel auf die Genossenschaften.
Die SAGA ist eine städtische Gesellschaft,
die viele Wohnungen baut.
Ich glaube, da muss mehr gemacht werden.
Die SAGA baut Sozial-Wohnungen, aber nicht unbedingt
behindertengerechte Wohnungen.
Da muss die Stadt mit zusätzlichem Geld helfen.

Thema Gesundheit

Frage 3:

Es gibt zu wenig barrierefreie Arztpraxen. Oft fehlt auch geschultes Personal für Menschen mit Behinderungen.

DIE LINKE.

DIE LINKE – Żaklin Nastić:

Jeder Mensch hat das Recht, sich den Arzt auszusuchen. Aber weniger als ein Drittel aller Arztpraxen sind barrierefrei. Wir finden es gut, was der Sozialverband VdK vorgeschlagen hat: Es soll 80 Millionen Euro zum Umbau dieses Bereiches geben. Damit Ärztinnen und Ärzte leichter einen Kredit für den Umbau ihrer Praxis bekommen. Es geht nicht nur um den stufenlosen, barrierefreien Zugang, sondern auch darum, dass Toiletten fehlen, die Größe nicht stimmt oder bestimmte medizinische Geräte nicht ausreichend sind für Menschen mit Behinderung.

SPD – Dr. Matthias Bartke:

Ich habe zurzeit einen verletzten Fuß und ich hatte einige Arztbesuche. Eine Praxis ist im 4. Stock, die hatte zwar einen Fahrstuhl, aber der war kaputt.
Es ist gut, wenn der Politiker mal so was hat und merkt, wie das ist.
Wir wollen ein Förder-Programm auflegen,
damit Praxen, die jetzt noch nicht barrierefrei sind, barrierefrei gemacht werden. Aber wir wissen alle,
dass eine Nachrüstung schwierig ist. Deswegen wollen wir, dass Arztpraxen, wenn sie neu gebaut werden,
barrierefrei sein müssen. Das Nachrüsten kostet viel Geld und es betrifft nicht nur Praxen. Es gibt eine gesetzliche Regelung, nach der alle Einrichtungen, die vom Bund gefördert und finanziert werden, barrierefrei sein müssen. Das finden wir zu wenig. Deswegen wollen wir, dass alle öffentlichen Einrichtungen – Banken, Schwimmbäder – barrierefrei sind, also für Menschen mit Gehbehinderung erreichbar sein müssen.
Wir finden wichtig, dass medizinisches Personal auch für die Behandlung von Menschen mit Behinderung geschult wird. Es soll in die Ausbildung eingehen.
Es betrifft nicht nur Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung, es betrifft auch ältere Menschen.

Die Grünen – Katharina Beck:

Wie beim Wohnen müssen die Arztpraxen barrierefrei erreichbar sein. Da, wo man wohnt, muss ein Arzt gut erreichbar sein.
Der öffentliche Personen-Nahverkehr, die Busse und die Gehwege müssen so sein, dass man sie als Mensch mit Behinderung gut nutzen kann.
Wichtig ist auch, dass die Praxis ohne Stufen ist oder mit einem Aufzug erreichbar ist.
In Bezug auf das Personal: Da setzen wir uns stark ein, dass in der Aus- und Weiterbildung die Behandlung von Menschen mit Behinderung stärker thematisiert wird.
Bundesförderungen sollen daran gebunden sein, dass sich die Förderung für Menschen mit Behinderungen positiv auswirkt.

CDU – Andreas Grutzeck:

Es ist ein großes Problem, das wir heute noch in vielen Arztpraxen haben. Ich sehe das bei meinem Hausarzt. Der sitzt im 1. Stock und es ist kein Fahrstuhl da. Menschen, die keine Treppe steigen können, kommen dort nicht hin. Der macht zwar Hausbesuche, aber die kann er auch nicht beliebig strecken.
Es ist für die Menschen sinnvoller, selbst zum Arzt zu gehen, damit sie rauskommen und nicht nur warten, bis der Doktor zu ihnen kommt.
Da ist viel zu tun.
Förder-Programme sind da eine wichtige Sache.
Man muss den Immobilien-Entwicklern – die das Haus bauen – und den Ärzten klarmachen, dass Praxen in Zukunft behindertengerecht ausgebaut sein müssen.
Da, wo wir neu bauen, wird heute schon darauf geachtet, dass die Praxen behindertengerecht ausgebaut werden.
Das Gleiche gilt für das Personal. Die Pflegeausbildung ist neu gefasst worden, die Altenpflege und die Krankenpflege sind zusammengefasst worden.
Und es ist darauf zu achten, dass die Pflege für Menschen mit Behinderung ausgebaut wird.

Thema Barrierefreiheit

Frage 4:

Wie will sich Ihre Partei für Barrierefreiheit einsetzen? Dazu gehören zum Beispiel Dolmetscher*innen, barrierefreie Wege, Leitsysteme und barrierefreies Internet.

DIE LINKE.

DIE LINKE – Żaklin Nastić:

Das ist eine extrem wichtige Frage!
Aber was ist mit den Barrieren im Kopf? Menschen mit Behinderungen und ausländische Menschen gehören für viele Menschen noch nicht zum Alltag.
Das kenne ich. Dann wird man angestarrt.
Diese Barrieren müssen abgebaut werden.
Wir haben im Dezember 15 Jahre UN-Behindertenrechts-konvention.
Es ist aber nicht viel passiert in der Zeit. Behindertengerechte Wohnungen und ein behindertengerechter Arbeitsmarkt sind wichtig.
Aber was ist mit dem Zugang zur Politik?
Im Bundestag wird nicht einmal von Anfang bis Ende gebärdet oder Schrift-gedolmetscht.
Das müsste immer automatisch passieren.
Jedes meiner Videos wird untertitelt und verschriftlicht.
Aber es gibt noch viele Bereiche im Internet, die nicht barrierefrei sind.
Es ist noch viel zu tun, damit die Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen für alle Menschen stattfindet.

SPD – Dr. Matthias Bartke:

Ich fasse Barrierefreiheit auch viel weiter als nur das Bauen.
Ich möchte Barrierefreiheit für Gehörlose herstellen.
Ich habe festgestellt,
dass die Debatten im Bundestag nur dann gedolmetscht wurden, wenn es um Themen rund um Barrierefreiheit und Gehörlosigkeit ging. Aber alle Themen sind wichtig.
Ich habe mich dafür eingesetzt, dass alle Debatten in Gebärdensprache übersetzt werden. Das muss sein und ist notwendig. Frau Nastić hat einen Punkt angesprochen: die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Die muss auch barrierefrei sein, gerade im Wahlkampf. Dafür setze ich mich ein.
Bei dieser Veranstaltung heute wird in Gebärdensprache gedolmetscht. Aber das ist eine Ausnahme.
Ich wollte schon lange, dass wir in Hamburg bei allen Veranstaltungen in Gebärdensprache dolmetschen und andere Assistenzen für Menschen mit Behinderungen finanzieren.
In meiner Partei war ein Mensch, der wollte Gebärdensprache haben. Das musste die Partei bezahlen. Aber eigentlich sollte das der Staat finanzieren.

Die Grünen – Katharina Beck:

Ich bin seit 12 Jahren Mitglied bei der grünen Partei
und ich hatte davor wenig mit Barrierefreiheit und mit
Menschen mit Behinderung zu tun.
Das Erste, was mir bei den Grünen aufgefallen ist:
Alle Veranstaltungen finden mit Gebärdensprach-
Dolmetscherinnen statt.
Wir hatten jetzt unsere Kanzlerkandidatin,
Annalena Baerbock, hier in Hamburg.
Da hatten wir neben ihr eine Gebärdensprach-
Dolmetscherin.
Das ist bei uns ganz tief verankert.
Alles soll für Menschen mit Behinderung funktionieren.
Manchmal steckt der Teufel aber im Detail:
Ich habe einmal eine Veranstaltung organisiert.
Dafür hatte ich um einen barrierefreien Raum gebeten.
Das wurde mir auch zugesichert.
Aber der Raum war nur Barriere-arm, nicht barrierefrei.
Der Veranstalter wusste das aber nicht.
Und die Menschen mit
Rollstuhl konnten schlecht teilnehmen.
Darauf muss man achten.
Wir werden uns dafür einsetzen, dass in allen Programmen
die Barrierefreiheit auch wirklich „Freiheit“ ist und nicht nur
Barriere-Armut.

CDU – Andreas Grutzeck:

Es ist in der Öffentlichkeit zu wenig Bewusstsein vorhanden.
Auch in unserer Partei.
Zum Beispiel, wenn neue Stadtquartiere geplant werden,
müssten von Anfang an Menschen mit Behinderungen
oder Fachleute dabei sein, die darauf achten,
dass die Stadtteile barrierefrei ausgebaut werden.
Bei der Bahn haben wir das Problem,
dass viele Bahnhöfe noch nicht barrierefrei ausgebaut sind.
Wir haben eine Arbeitsgruppe mit dem Sprecher für
Menschen mit Behinderungen. Da sitzen wir regelmäßig
mit der Bahn zusammen und versuchen den Ausbau
voranzubringen.
Das gilt auch für Hamburg.
Dass bis heute nicht alle Hochbahn-Stationen barrierefrei
ausgebaut sind, ist zu wenig.
Das gilt für alle anderen Bereiche auch.
Der ehemalige Inklusions-Beauftragte von Hamburg ist
gehörlos und hatte für seine Arbeit zu wenig
Gebärdensprach-Dolmetscher.
Wenn selbst der Beauftragte für Menschen mit
Behinderung mit der Ausstattung unzufrieden ist,
ist da noch sehr viel zu machen.
Ich bin dabei, das weiter voranzubringen –
und viele Sozialsprecher der Parteien auch.

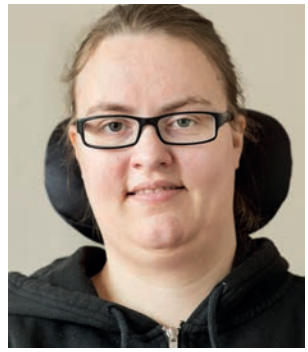
Team Politik AG

Die Politik AG gibt es seit 2019.
Sie trifft sich, um über Politik zu diskutieren und inklusive Veranstaltungen zu planen.
Wie zum Beispiel die Wahl-Info-Veranstaltung zur Bundestagswahl. Alle, die sich für Politik interessieren, sind herzlich willkommen!

Florian Erdwig
Koordinator im Beteiligungsprojekt BiQ, Q8

Rainer Erler
freiraum Seminar-raumvermietung, alsterarbeit gGmbH

Oliver Gehrkens
freiraum Seminar-raumvermietung, alsterarbeit gGmbH



Kerstin Hopf
angehende Ergotherapeutin

André Juhls
Haustechnik, alsterarbeit gGmbH

Andrea Polzin
Mitarbeitende im Stadtteilarchiv Hamm

Julia Rath
Eventmanagement, Ev. Stiftung Alsterdorf

Thies Straehler-Pohl
Prozesskoordination Inklusives Sengel-mann-Quartier, Q8

Conny Zolker
Koordinatorin BiQ – Inklusiv beteiligen, Q8

„Gemeinsam für eine inklusive Politik! – Mach mit bei der Politik AG“

„Interesse?
Dann melde dich
bei Florian:
f.erdwig@q-acht.net,
01 73.189 98 06“

Wir bedanken uns bei Leben mit Behinderung Hamburg gGmbH und der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg für die gute Kooperation!

HAMBURG
LEBEN MIT BEHINDERUNG

Landeszentrale
für politische Bildung
Hamburg

Danke für das große ehrenamtliche Engagement einiger Mitglieder der Politik AG!

WIR GEHEN WÄHLEN

Die Politik AG ist ein BiQ-Projekt,
BiQ wird gefördert von der Aktion Mensch

BiQ
inklusiv beteiligen

AKTION MENSCH

Die Veranstaltung können Sie noch bis zur Bundestagswahl am 26. September über den YouTube-Kanal der Evangelischen Stiftung Alsterdorf ansehen.
www.alsterdorf.de/aktuelles/news/politik-ag-fragt-politikerinnen-antworten.html

KULTUR KÜCHE

Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet in der Kulturküche Alsterdorf:
www.kulturkueche-alsterdorf.de

Impressum

Herausgeber: Evangelische Stiftung Alsterdorf
Redaktion: Julia Rath, Thies Straehler-Pohl
Telefon: 01 51.70 10 96 42
Gestaltung: grafikdeerns.de, Hamburg
Lektorat: Bernd Kuschmann
Druck: alsterpaper, Hamburg
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE32 2512 0510 0004 4444 02